

Claudia Seitz

Tafeln

zum
Verwaltungsrecht

Helbing Lichtenhahn Verlag

Vorwort

Das Verwaltungsrecht zeichnet sich durch eine grosse Komplexität und Diversität sowie durch einen hohen Grad an Abstraktion aus, die insbesondere Studierenden, die sich zum ersten Mal mit dieser Rechtsmaterie befassen, den Zugang erschwert. Hinzu kommt eine spezifische Dogmatik, die das Verwaltungsrecht prägt und die von den Grundprinzipien des Verwaltungsrechts über das Verwaltungshandeln bis hin zu Handlungsspielräumen der Verwaltung reicht.

Die vorliegenden Tafeln zum Verwaltungsrecht befassen sich mit einigen der wichtigsten Bereiche des Verwaltungsrechts. Sie basieren auf der Vorlesung zum allgemeinen und besonderen Verwaltungsrecht der Verfasserin an der Juristischen Fakultät der Universität Basel und beziehen ferner auch Materialien aus ihren Übungen und Repetitorien zum Verwaltungsrecht ein. Anfangs als vorlesungsbegleitende Übersichten konzipiert, entwickelten sich die vorliegenden Tafeln zu einer Übersicht über die Grundlagen sowie vertiefende Bereiche des Verwaltungsrechts. Entsprechend der zweisemestrigen Vorlesung gliedern sich die Tafeln in einen Abschnitt zu den «Grundlagen des Verwaltungsrechts» sowie einen Abschnitt «Verwaltungsrecht Vertiefung».

Ziel der Tafeln ist es, durch graphische Übersichten einen visuellen Zugang zum Verwaltungsrecht zu schaffen und damit den Einstieg in diese Rechtsmaterie zu erleichtern. Die Tafeln sollen eine Hilfestellung für die Erarbeitung und die Repetition des Verwaltungsrechts im Studium und vor dem Advokaturexamen bieten und erheben in keinerlei Hinsicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Aus diesem Grund wird die Lektüre der einschlägigen Lehrbücher zum Verwaltungsrecht vorausgesetzt. Die Tafeln behandeln den Stoff der beiden Standardlehrbücher zum Verwaltungsrecht von ULRICH HÄFELIN/GEORG MÜLLER/FELIX UHLMANN, Allgemeines Verwaltungsrecht, 7. Aufl. 2016, sowie PIERRE TSCHANNEN/ULRICH ZIMMERLI/MARKUS MÜLLER, Allgemeines Verwaltungsrecht, 3. Aufl. 2009, und bereiten den Kern des dort behandelten Stoffs in Übersichten auf. Vor diesem Hintergrund sind die Tafeln begleitend zu den Lehrbüchern konzipiert. Sie wollen und können diese nicht ersetzen, so dass sich zunächst das Studium mit den gängigen Lehrbüchern empfiehlt und begleitend oder im Anschluss daran die Arbeit mit den Tafeln.

Das öffentliche Prozessrecht, als Gegenstand einer eigenständigen Vorlesung, wird nur punktuell behandelt, soweit es einen Mehrwert für den dargestellten Stoff bietet. Abgerundet werden die Tafeln durch ein Inhaltsverzeichnis sowie ein umfassendes Sachregister, welches das Arbeiten mit dem Werk erleichtern soll.

Besonders danken möchte ich den folgenden Personen für die Durchsicht des Manuskripts und für ihre wertvollen Hinweise: Herrn Prof. Dr. Stephan Breitenmoser (Ordinarius an der Juristischen Fakultät der Universität Basel und Richter am Bundesverwaltungsgericht St. Gallen), Frau lic. iur. Chiara Piras, Advokatin (Gerichtsschreiberin am Kantonsgericht Basel-Landschaft), Herrn MLaw André Berne (Doktorand an der Juristischen Fakultät der Universität Basel) sowie Herrn BLaw Dominik Feitzinger (Hilfsassistent an der Juristischen Fakultät der Universität Basel). Ganz besonderen Dank schulde ich meiner Lektorin beim Helbing Lichtenhahn Verlag, Frau MLaw Stephanie Giese, die mir in vielfältiger Art und Weise und mit grossem Einsatz bei der Erstellung dieses Werkes zur Seite stand und mich stets tatkräftig unterstützt hat. Sollten in den Tafeln Ungenauigkeiten enthalten sein, die zu allfälligen Unklarheiten führen könnten, so freue ich mich über ein kurzes Feedback (claudia.seitz@unibas.ch). Ebenso bin ich für Kritik und Anregungen dankbar und werde dies sehr gerne bei einer weiteren Bearbeitung im Rahmen einer zweiten Auflage berücksichtigen.

Basel, im August 2017

Claudia Seitz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Verwaltungsrecht Grundlagen	1
I. Grundlagen des Verwaltungsrechts	2
II. Verhältnis Verwaltung – Parlament – Volk	9
III. Entscheide über Vorfragen	12
IV. Rechtsquellen des Verwaltungsrechts	13
V. Handlungsformen der Verwaltung	33
VI. Verwaltungsverfahren	38
VII. Maximen des Verwaltungsrechts	39
VIII. Rechtskraft von Verfügungen	40
IX. Fehlerhaftigkeit von Verfügungen	42
X. Verwaltungsrechtlicher Vertrag	45
XI. Planung und Plan	49
XII. Realakt	51
XIII. Verwaltungsrechtliche Rechte	54
XIV. Verwaltungsinterne Verwaltungsrechtspflege	56
XV. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	57
XVI. Verwaltungsrechtliche Zwangsmassnahmen	58
XVII. Staats- und Beamtenhaftung	64
XVIII. Widerrechtlichkeit	68
XIX. Gesetzesdelegation	70
XX. Unselbständige Bundesratsverordnungen	72

XXI.	Grundprinzipien des Verwaltungsrechts	73
1.	Öffentliches Interesse	86
2.	Verhältnismässigkeit	91
3.	Rechtsgleichheit und Willkürverbot	96
4.	Treu und Glauben	100
XXII.	Verwaltungstätigkeit und Verwaltungsorganisation	106
1.	Demokratische Ausgestaltung der Verwaltung	106
2.	Verwaltungsorganisation	107
3.	Hierarchieprinzip	114
4.	Amtshilfe	117
5.	New Public Management	118
6.	Dezentrale Verwaltungstätigkeit	121
7.	Gemeinden und Gemeindeautonomie	124
8.	Privatisierung	132

Verwaltungsrecht Vertiefung 133

I.	Öffentliches Personalrecht	134
1.	Beamtenbegriff	135
2.	Dienstverhältnis	137
3.	Einschränkungen der Freiheitsrechte	142
4.	Rechte des öffentlichen Personals	145
5.	Verantwortlichkeit des öffentlichen Personals	146
6.	Rechtsschutz	146
II.	Eigentum	147
1.	Eigentumsgarantie	147
2.	Eigentumseingriffe	153
3.	Formelle Enteignung	158
4.	Grundrechtsträger der Eigentumsgarantie	163
5.	Anwendbares Recht	164
6.	Enteigner	165
7.	Entschädigung	166
III.	Öffentliche Sachen	170
1.	Begriff	170
2.	Finanzvermögen	172
3.	Verwaltungsvermögen	174
4.	Öffentliches Beschaffungsrecht (Submissionen)	178
5.	Öffentliche Sachen im Gemeingebrauch	183

6.	Widmung	185
7.	Schlichter Gemeingebrauch	189
8.	Gesteigerter Gemeingebrauch	193
9.	Sondernutzung	196
IV.	Die Polizei	199
1.	Begriff der Polizei	199
2.	Polizeiaufgaben und Schutzgüter	205
3.	Polizeiliches Handeln	213
4.	Polizeiliche Massnahmen	220
5.	Polizeiliche Zwangsmittel	224
6.	Polizeiliche Generalklausel	225
7.	Störerprinzip	230
V.	Wirtschaftsfreiheit	235
1.	Schutzfunktionen	236
2.	Geltungsbereich	239
3.	Teilgehalte der Wirtschaftsfreiheit	240
4.	Besondere Schrankendogmatik	245
5.	Grundsatzkonformität	246
6.	Monopole	248
7.	Konzession	259
VI.	Subventionen	268
1.	Begriffe	268
2.	Subventionsarten	270
3.	Subventionsverhältnis	277
VII.	Öffentliche Abgaben	281
1.	Begriff	281
2.	Kausalabgaben	285
3.	Gesetzmässigkeitsprinzip im Abgabenrecht	286
4.	Ausnahmen vom Erfordernis der Gesetzesform	290
5.	Gebühren	292
6.	Gebührenbemessung	298
7.	Vorzugslast	304
8.	Steuern	306
9.	Interkantonaies Doppelbesteuerungsverbot	313
10.	Besondere Abgaben und Mischformen	314
11.	Kautio	317
	Sachregister	319

Teil 1:

Grundlagen des

Verwaltungsrechts

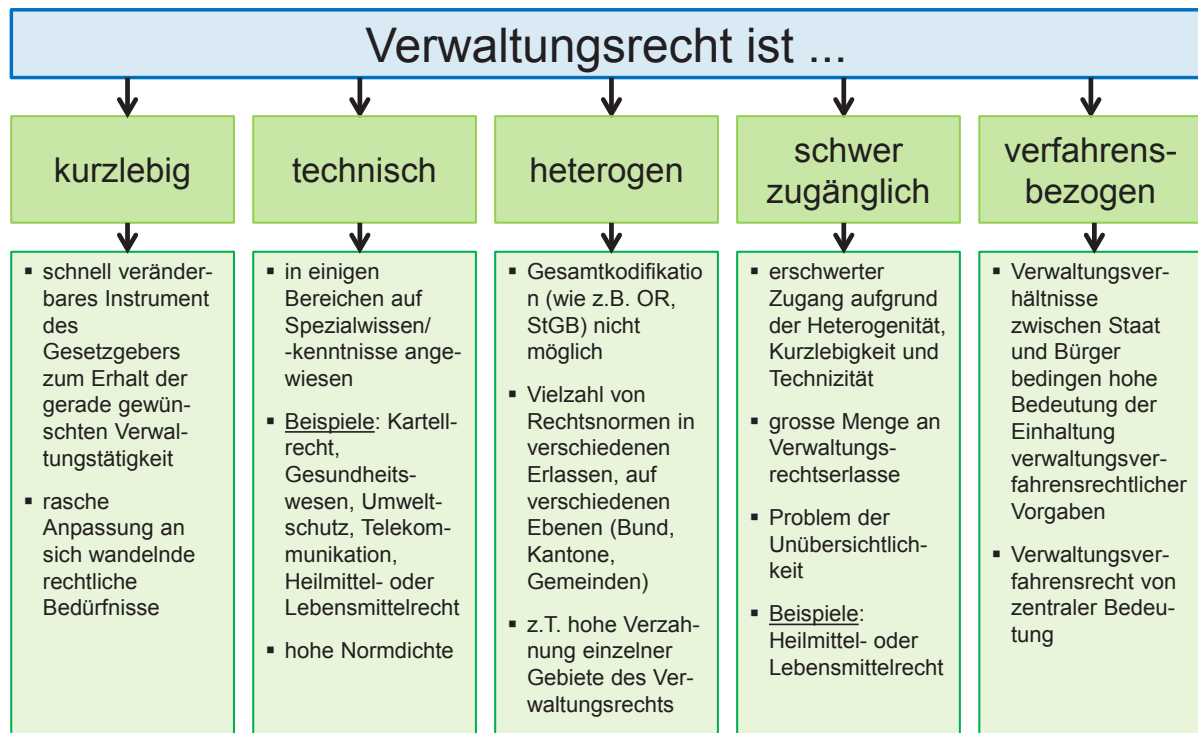
I. Grundlagen des Verwaltungsrechts

Begriff der Verwaltung (1)

Begriff der Verwaltung

- mehrere Definitionen des Begriffs der «Verwaltung»
- Verwaltung im **organisatorischen** Sinn
 - = Gesamtheit aller Verwaltungsbehörden einschliesslich der Privatrechtssubjekte, die Verwaltungsaufgaben erfüllen
 - Begriff stellt auf die Behörden ab
- Verwaltung im **funktionellen** Sinn
 - = Gesamtheit der Staatstätigkeit (Exekutive), die nicht Rechtsetzung ist (Legislative) und die nicht mit Rechtsstreitigkeiten und Strafen befasst ist (Judikative)
 - Begriff stellt auf die Tätigkeit ab = negative Umschreibung
 - = Gesamtheit der Erfüllung von Verwaltungstätigkeiten mit hoheitlichen Mitteln von Amts wegen
 - Begriff stellt auf die Tätigkeit ab = positive Umschreibung

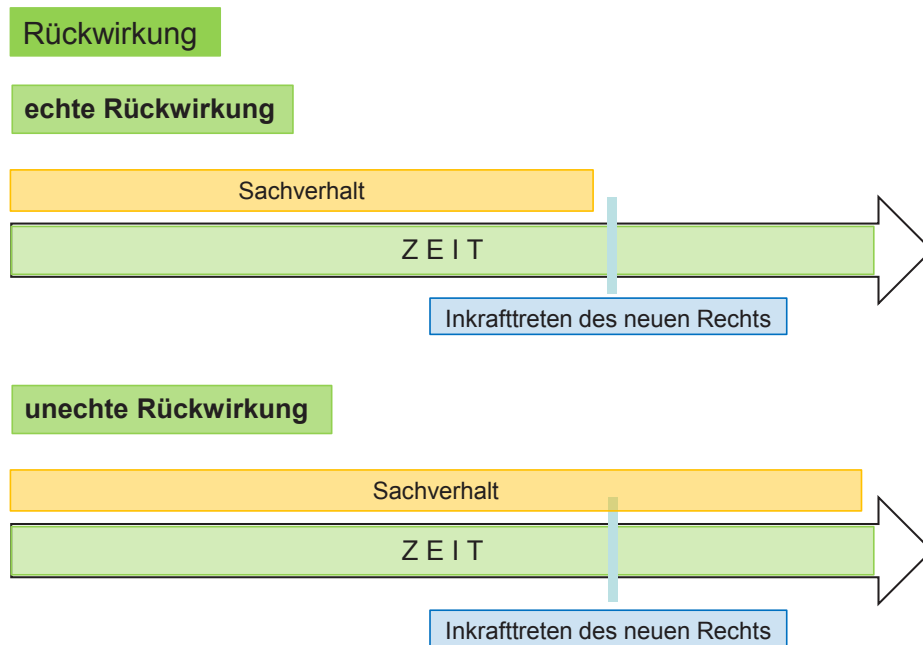
Eigenarten des Verwaltungsrechts



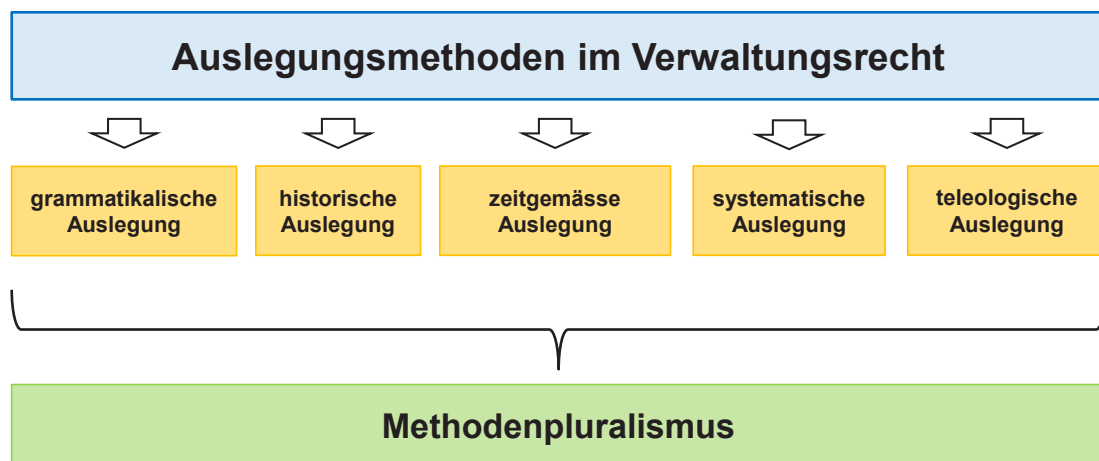
Arten der Verwaltungsaufgaben



Zeitlicher Geltungsbereich des Verwaltungsrechts (4) Rückwirkung



Auslegung des Verwaltungsrechts (1)



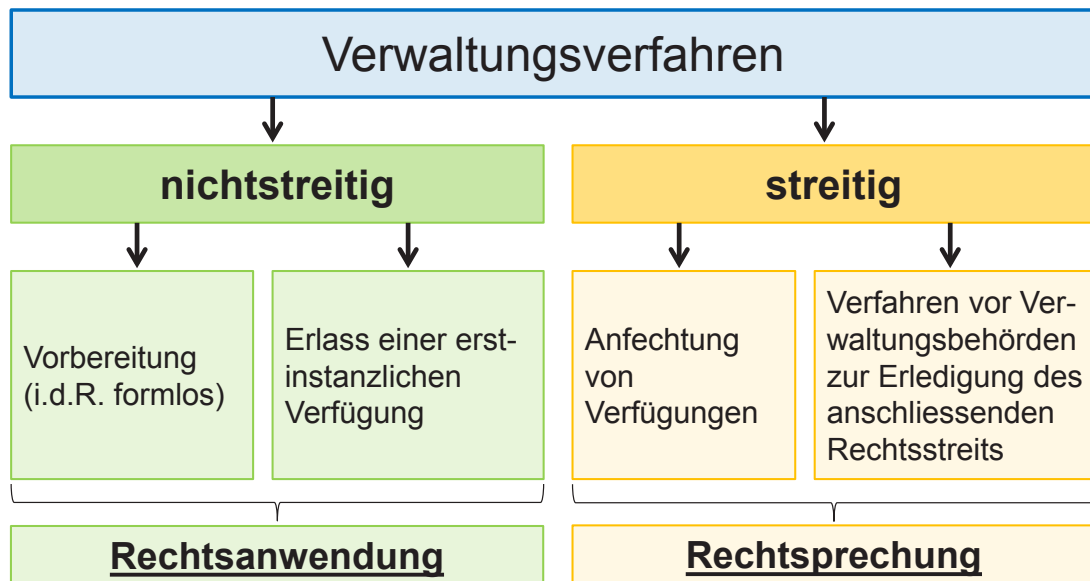
Auslegung des Verwaltungsrechts (2)

Auslegung des Verwaltungsrechts

- Ziel der Auslegung: Ermittlung des wahren Sinns einer (vom Wortlaut her unklaren) Rechtsnorm sowie eines praktikablen Ergebnisses für die Anwendung der Norm
 - Auslegung = Konkretisierung der Rechtsnorm
 - = Element der Rechtsfortbildung
- Grundsatz: «Methodenpluralismus»
 - grammatikalische Auslegung
 - historische Auslegung
 - zeitgemässe Auslegung
 - systematische Auslegung
 - teleologische Auslegung
 - oft gibt es nicht die einzig richtige Auslegungsmethode
 - Anwendung der Auslegungsmethoden nebeneinander
 - entscheidend: Zusammenhang, in dem die Auslegung erfolgt
- **grammatikalische** Auslegung
 - = Auslegung nach Wortlaut, Wortsinn und Sprachgebrauch (Grundsatz der Gleichwertigkeit der Amtssprachen beachten)
- **historische** Auslegung
 - = Auslegung nach dem Sinn der Norm zum Zeitpunkt ihrer Entstehung im Hinblick auf den Willen des historischen Gesetzgebers («subjektiv-historische Auslegung») oder der allgemeinen Bedeutung der Norm zum Zeitpunkt ihrer Entstehung («subjektiv-historische Auslegung»)
- **zeitgemässe** Auslegung
 - = Auslegung nach dem gegenwärtigen Verständnis der Norm (Gegensatz zur historischen Auslegung)

VI. Verwaltungsverfahren

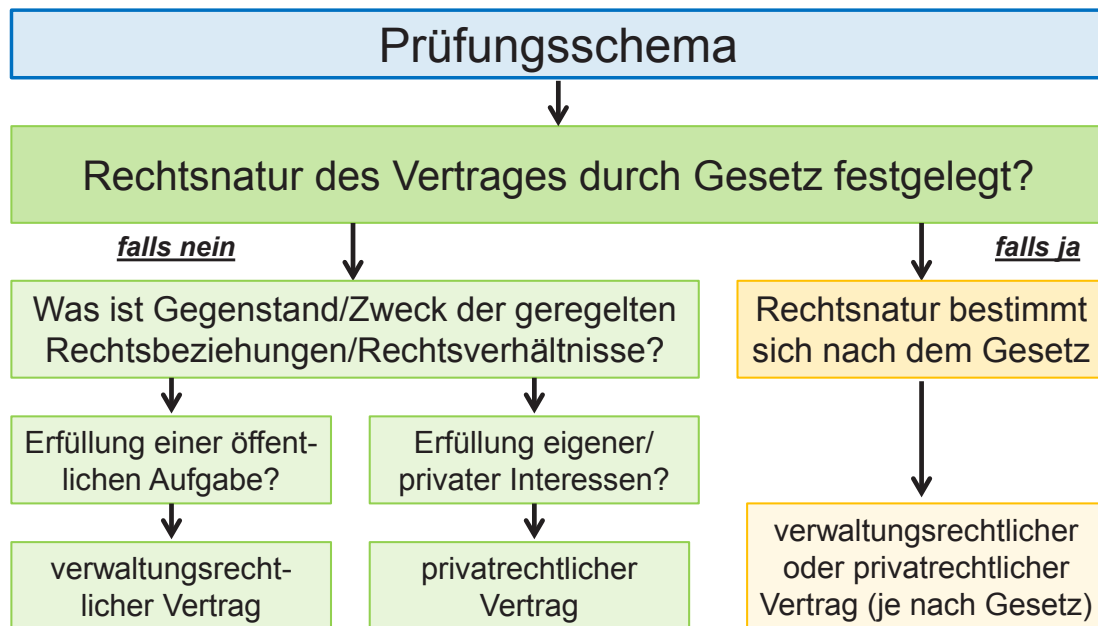
Verwaltungsverfahren (1)



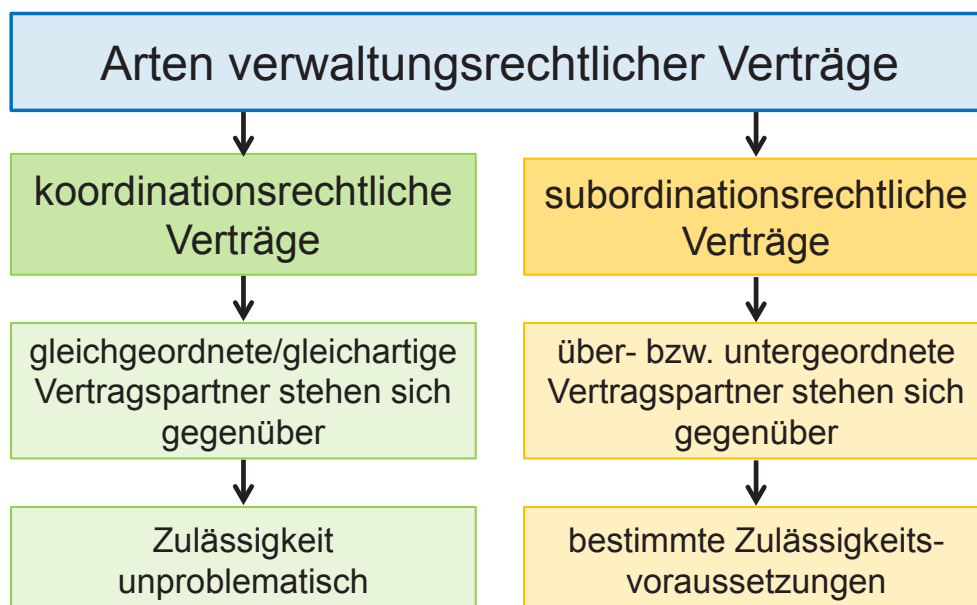
Verwaltungsverfahren (2)



Abgrenzung zwischen verwaltungsrechtlichem und zivilrechtlichem Vertrag



Arten verwaltungsrechtlicher Verträge



Zulässigkeit verwaltungsrechtlicher Sanktionen im Allgemeinen (1)

Prüfungsschritte – Verwaltungszwang

1. Schritt	Vollstreckbarkeit der Verfügung?
2. Schritt	Zuständigkeit der die Zwangsmassnahme anordnenden Behörde?
3. Schritt	gesetzliche Grundlage? (Unterscheidung exekutorisch/repressiv)
4. Schritt	Wahrung der Verhältnismässigkeit?
5. Schritt	u.U. Androhung von Zwangsmassnahmen?

Zulässigkeit verwaltungsrechtlicher Sanktionen im Allgemeinen (2)

Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage

exekutorische Zwangsmassnahmen	repressive Zwangsmassnahmen
<ul style="list-style-type: none">▪ <u>Grundsatz</u>: keine besondere gesetzliche Grundlage erforderlich▪ <u>arg.</u>: Massnahmen dienen nur der Durchsetzung rechtskräftig angeordneter Pflichten▪ <u>Ausnahme</u>: exekutorische Massnahmen beim unmittelbaren Vollzug von Verwaltungsrecht bedürfen einer gesetzl. Grundlage (<u>arg.</u>: Sachverfügung fehlt hier)	<ul style="list-style-type: none">▪ gesetzliche Grundlage ist hier stets erforderlich▪ <u>arg.</u>: das «Übel» zur Ahndung folgt nicht bereits aus der Norm, auf der die erzwingende Verfügung beruht

Vorgehen bei exekutorischen Zwangsmassnahmen

Verfahrensetappen bei exekutorischen Zwangsmassnahmen

1. Schritt

Sachverfügung (materielle Rechte/Pflichten im Einzelfall)

- Sachverfügung enthält Regelungen von Rechten/Pflichten
 - bestimmt somit die Pflichten, die mit exekutorischen Zwangsmassnahmen vollstreckt werden sollen
 - legt den Inhalt der Vollstreckungsverfügung im Hinblick auf die Pflichten fest

2. Schritt

Vollstreckungsverfügung (Zwangsmittelandrohung, letzte Frist)

- Vollstreckungsverfügung enthält folgende Regelungen
 - Entscheidung darüber, dass vollstreckt wird
 - Entscheidung darüber, wie vollstreckt werden soll
 - Androhung des Zwangsmittels
 - Fristsetzung
 → entfaltet somit eigenständige Rechtswirkungen (da neue Regelungen)
 - Mitteilung, dass vollstreckt wird = Realakt und keine Verfügung

3. Schritt

Mitteilung («Wann» und «Wie» der Vollstreckung)

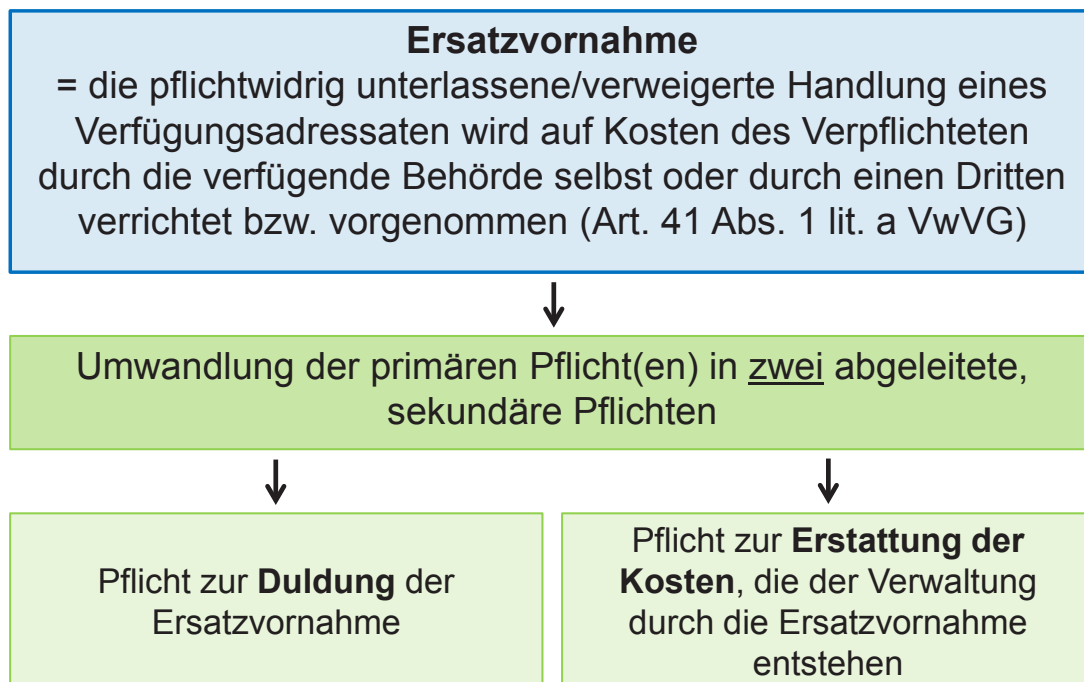
4. Schritt

Anwendung des exekutorischen Zwangsmittels

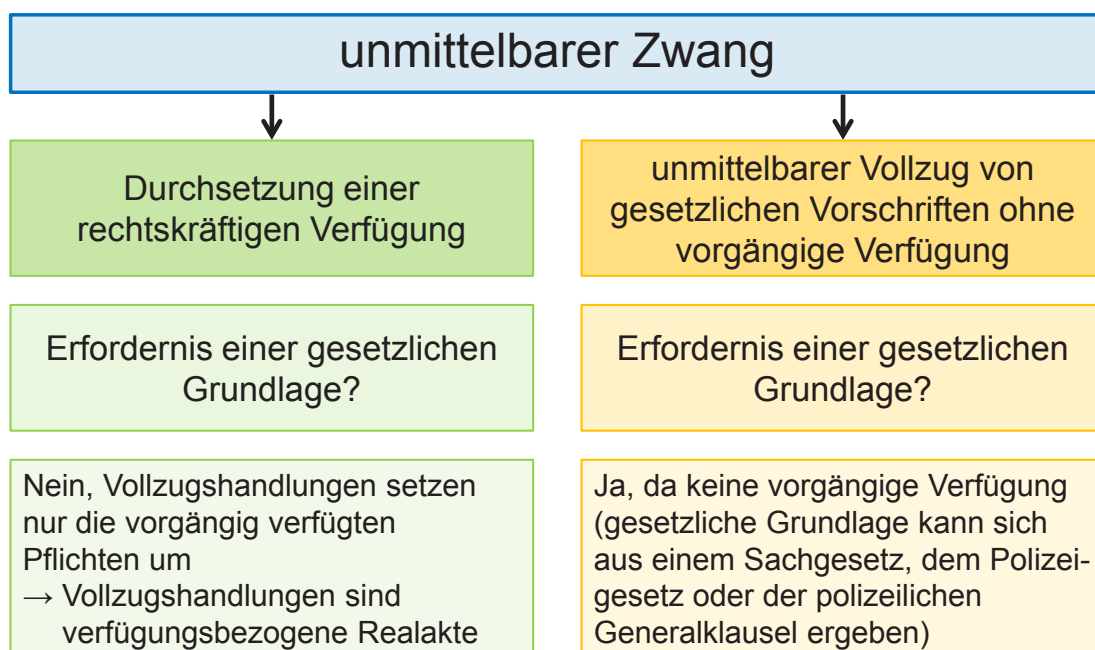
5. Schritt

Verfügung über die Kosten der Vollstreckung

Ersatzvornahme



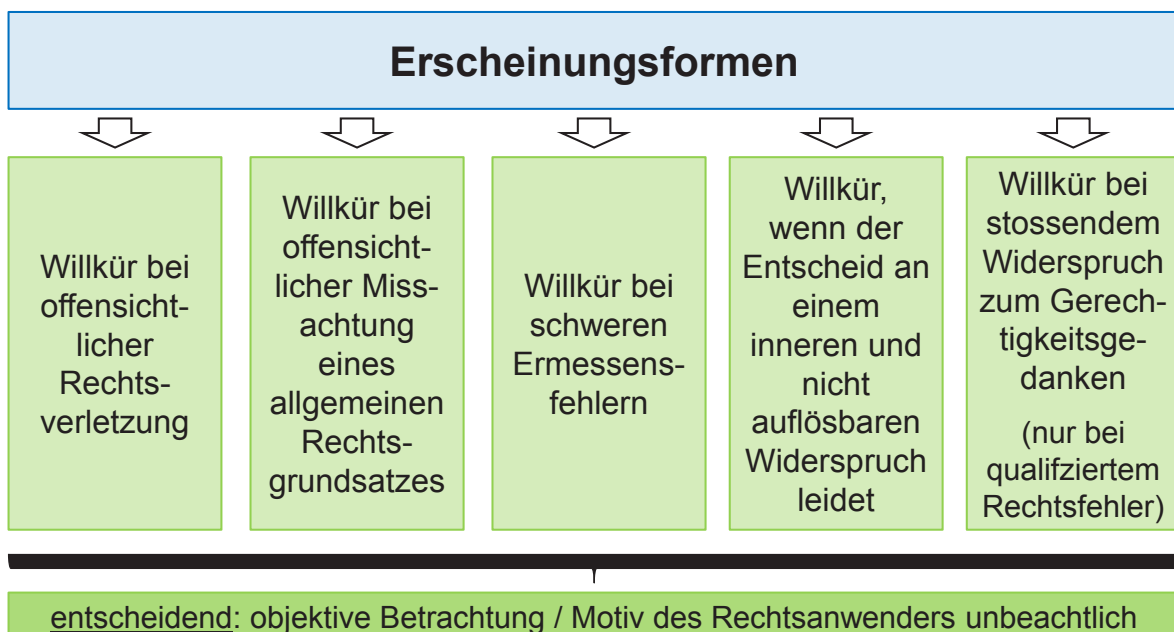
Unmittelbarer Zwang



Willkürverbot – Begriff und Funktion

Begriff
<ul style="list-style-type: none"> ▪ ein Erlass ist willkürlich, wenn <ul style="list-style-type: none"> ▪ er sich nicht auf ernsthafte sachliche Gründe stützen lässt, ▪ an schweren inneren Widersprüchen leidet oder ▪ sinn- und zwecklos ist <p>= grobe und offenkundige Unrichtigkeit</p>
Funktion
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Überprüfbarkeit eines Erlasses auf seine Gründe hin ▪ Zeitpunkt der Beurteilung: richterliche Entscheidung
Geltendmachung
<ul style="list-style-type: none"> ▪ selten eigenständig ▪ <u>arg.</u>: willkürlicher Erlass verstösst i.d.R. auch gegen ein anderes Grundrecht

Willkür in der Rechtsanwendung

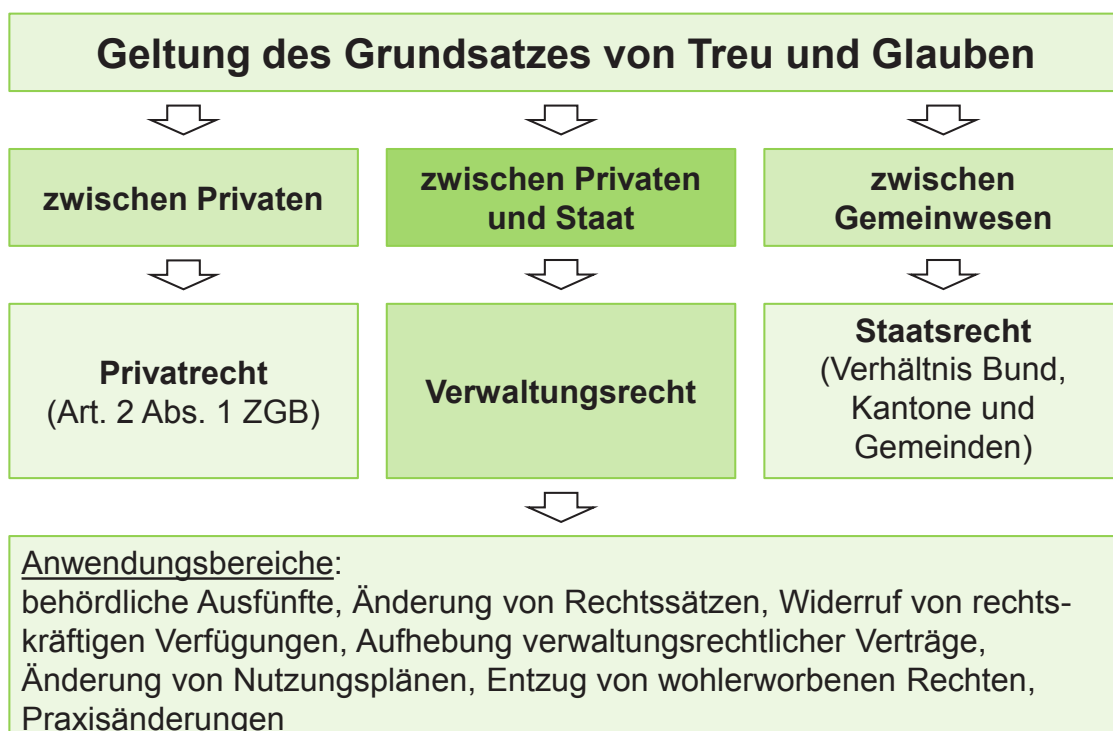


4. Treu und Glauben

Begriff und Funktion

Begriff
staatliche Organe und Private sind verpflichtet, nach Treu und Glauben (= loyal und vertrauenswürdig) zu handeln (Art. 5 Abs. 3 und Art. 9 BV)
Funktion
Verhaltensregel <ul style="list-style-type: none">▪ im Verhältnis zwischen Privaten (Art. 2 Abs. 1 ZGB)▪ im Verhältnis zwischen Privaten und staatlichen Organen▪ im Verhältnis unter Gemeinwesen
Geltendmachung
Treu und Glauben kann ein selbständiges verfassungsmässiges Recht des Privaten gegenüber dem Staat begründen (Art. 9 BV) <u>Voraussetzungen:</u> – das Gebot richtet sich an den Staat und – hat den Schutz des berechtigten Vertrauens in das Verhalten der Behörden zum Gegenstand

Grundsatz von Treu und Glauben (1)



Teil 2:
Verwaltungsrecht
Vertiefung

I. Öffentliches Personalrecht

Begriff

Recht für das Verhältnis des Staates zu seinen öffentlichen Bediensteten

→ massgebliches Recht für das Beschäftigungsverhältnis:

- Recht des **Bundes**: **Bundespersonalgesetz** (BPG)
- Recht der **Kantone**: jeweilige **kantonale Gesetze**

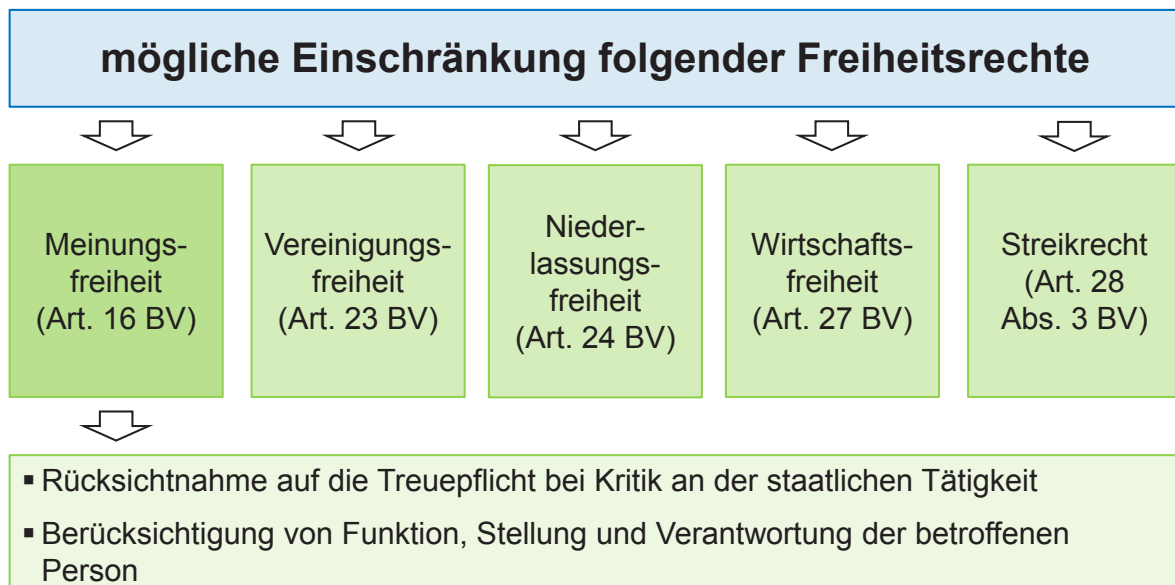
→ Anknüpfungspunkt: öffentliches Personal / Beamter

→ heute: eher Begriff des «**Personals**» statt des «**Beamten**»

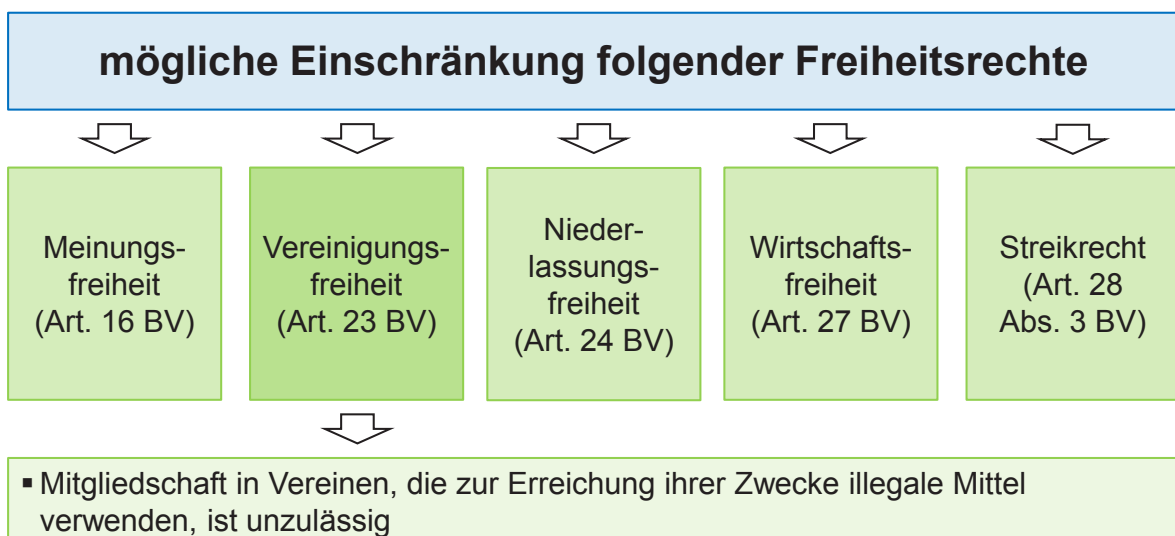
Wandel im Bereich des öffentlichen Personals

- Übergang von festen Amtszeiten zu unbefristeten Arbeitsverträgen
- Wandel vom «Beamten» zum «öffentlichen Personal»
- Disziplinarrecht verliert an Bedeutung
- verstärkter Kündigungsschutz («sachliche Gründe als Kündigungsgrund »)
- Angleichung an das private Arbeitsrecht (soweit als möglich)
- Leistungslohn und Leistungsbeurteilung
→ Zielvereinbarung und Zielgespräche
- verstärkter Rechtsschutz
- Anerkennung des generellen Streikrechts
- zunehmende Mitbestimmungsrechte und Entwicklung eines kollektiven Arbeitsrechts

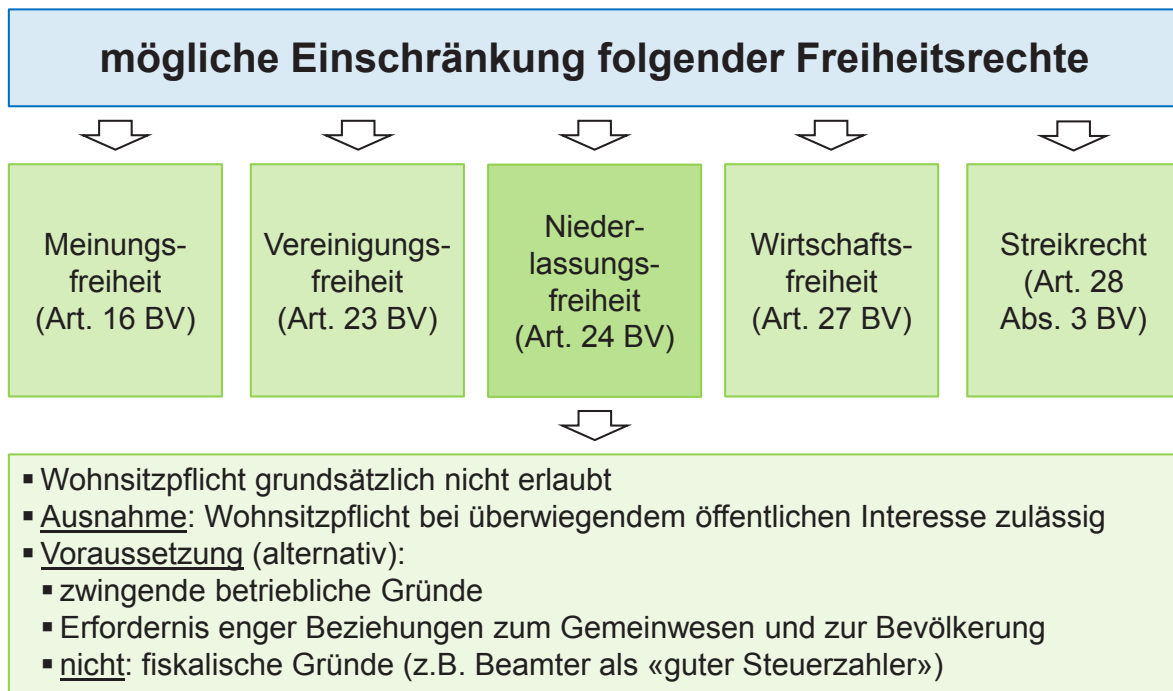
Einschränkungen der Freiheitsrechte (1)



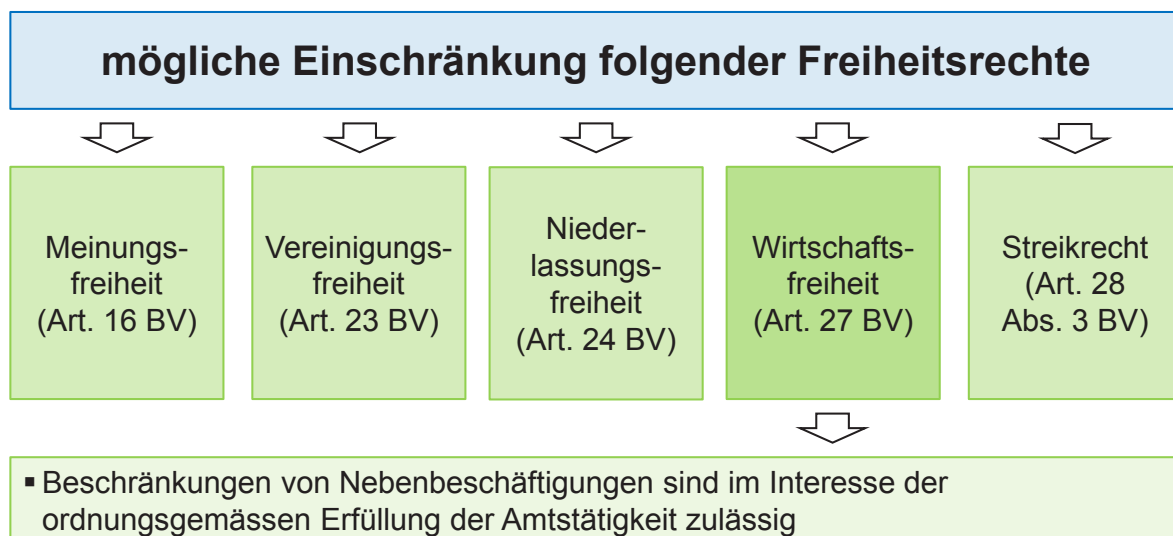
Einschränkungen der Freiheitsrechte (2)



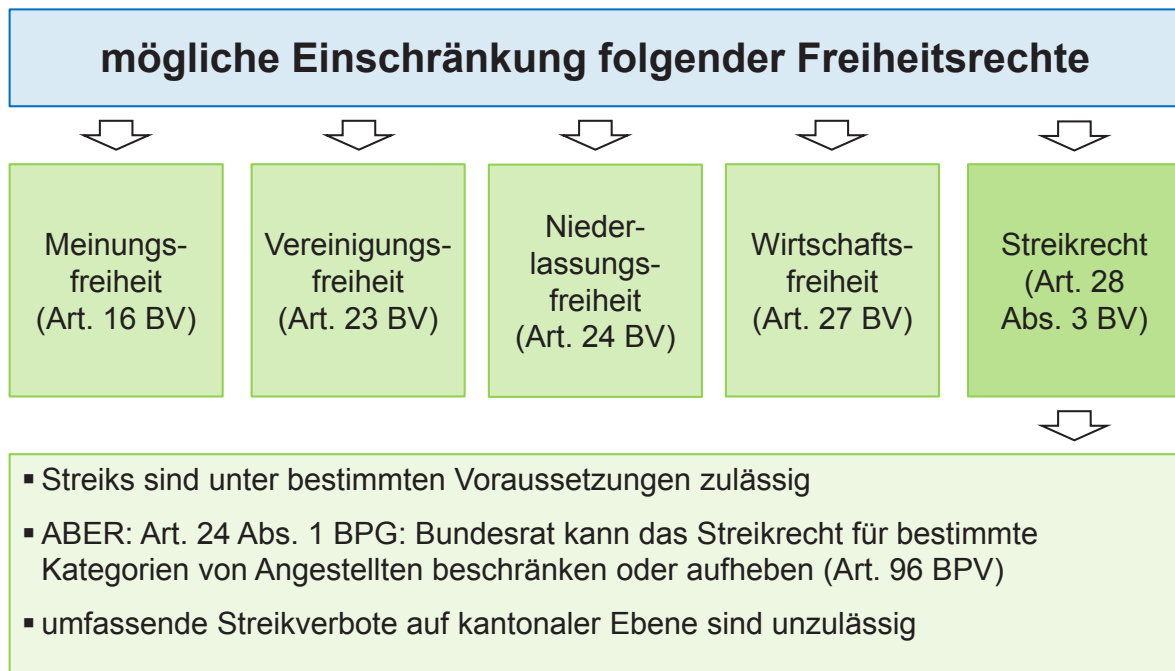
Einschränkungen der Freiheitsrechte (3)



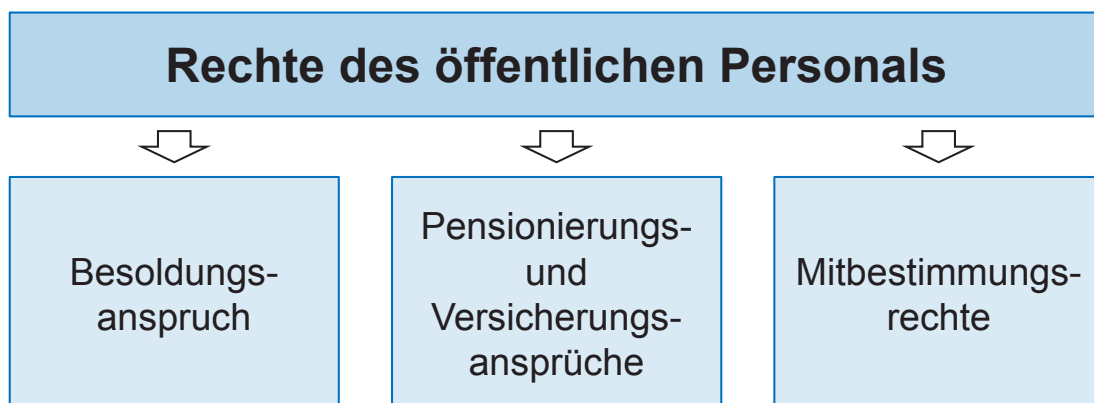
Einschränkungen der Freiheitsrechte (4)



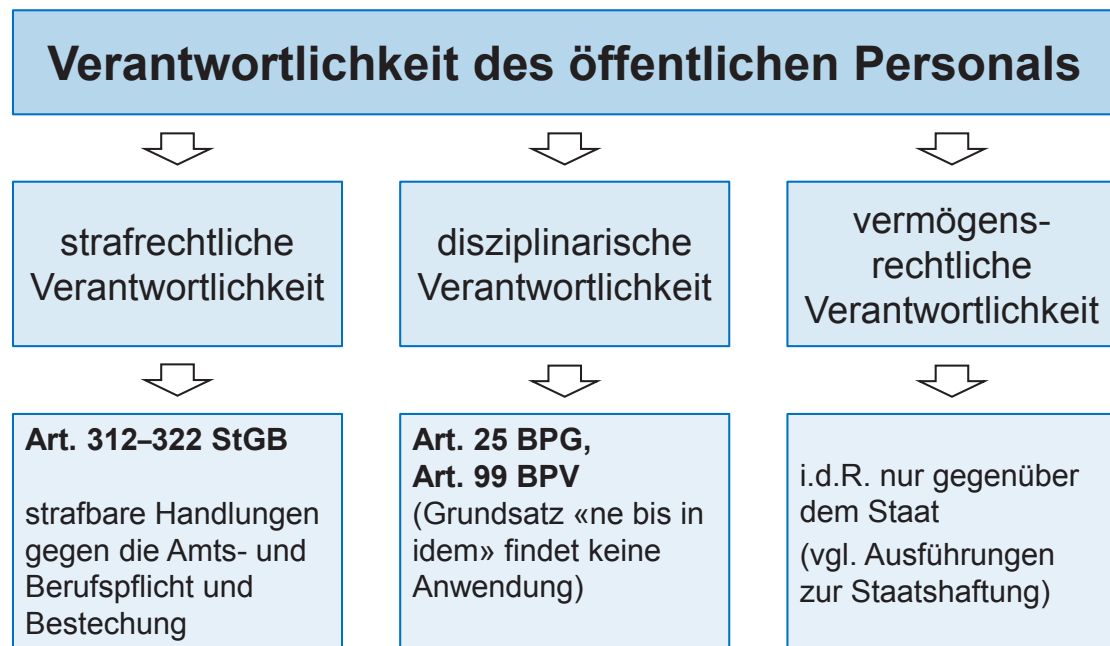
Einschränkungen der Freiheitsrechte (5)



4. Rechte des öffentlichen Personals



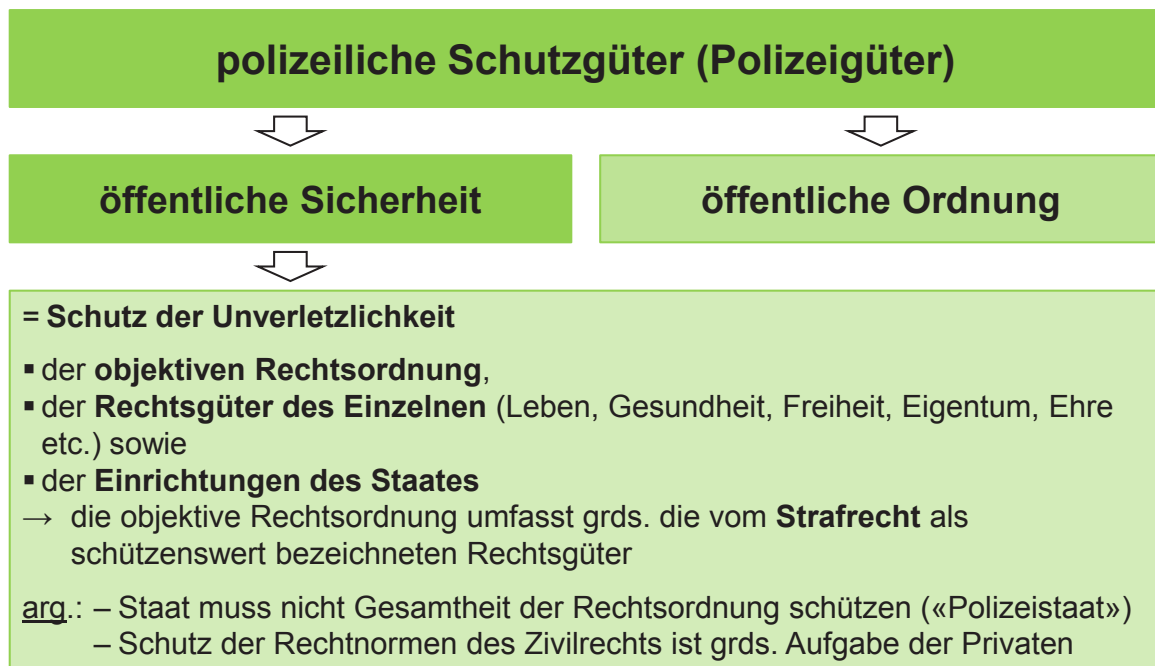
5. Verantwortlichkeit des öffentlichen Personals



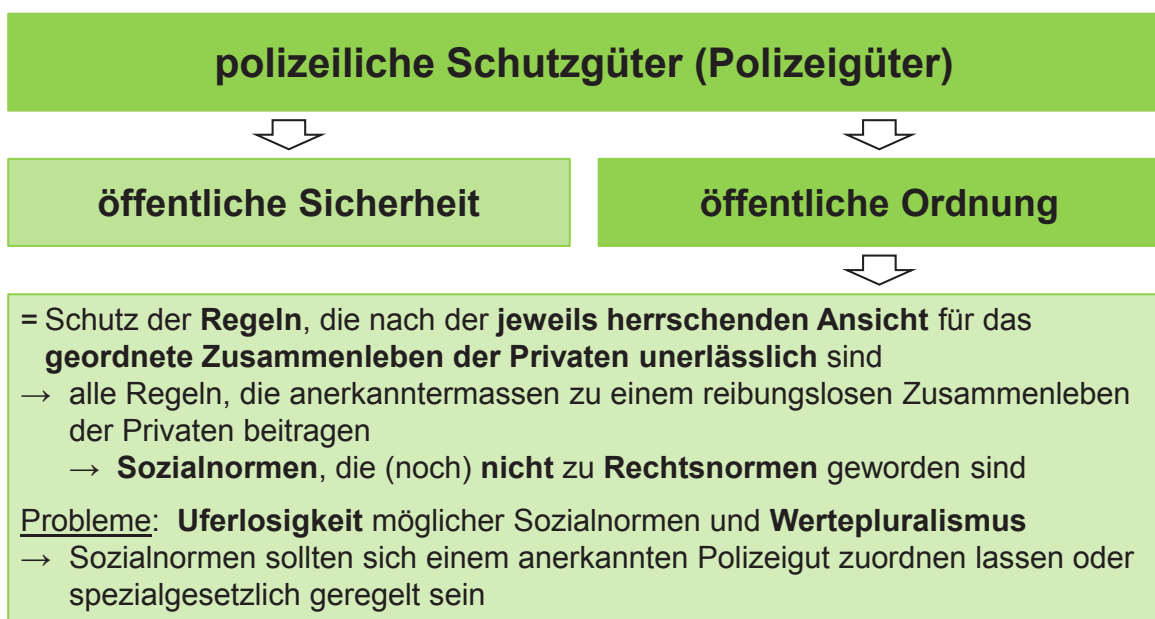
6. Rechtsschutz

Rechtsschutz
Grundsatz: Rechtsschutz bestimmt sich nach jeweils anwendbarem Personalgesetz
Bund: Art. 34–36a BPG <ul style="list-style-type: none">▪ <u>Grundsatz</u>: einvernehmliche Regelung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis (ansonsten: Erlass einer Verfügung, Art. 34 Abs. 1 BPG)▪ Verfügungen des Arbeitgebers können mit Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht angefochten werden (Art. 36 Abs. 1 BPG)
Kanton Basel-Stadt: § 16 PG <ul style="list-style-type: none">▪ Beschwerde an die vorgesetzte Behörde und Rekurs an die nächsthöhere Behörde (§ 16 Abs. 1 und 3 PG)▪ spezielles Verfahren bei Belästigung am Arbeitsplatz (§ 16 Abs. 2 PG)

Polizeiliche Schutzgüter (2)



Polizeiliche Schutzgüter (3)



Rechtliche Handlungsformen der Polizei (4)

Polizeierlaubnis

Polizeierlaubnis = Verfügung, welche auf Gesuch hin eine aus polizeilichen Gründen unter Bewilligungspflicht stehende Tätigkeit zulässt, weil die zum Schutz der Polizeigüter aufgestellten gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausübung dieser Tätigkeit erfüllt sind
→ Sind die gesetzlich festgelegten Voraussetzungen erfüllt besteht ein Anspruch auf Bewilligungserteilung.

4. Polizeiliche Massnahmen

polizeiliche Massnahmen

- typische Massnahmen der Polizei zur Abwehr von Gefahren
= Standardmassnahmen
- Auswahl der Massnahme im Einzelfall: **Ermessen** der Behörden
(Entschiessungs- und Auswahlermessen)
- Massstab: **Verhältnismässigkeitsprinzip**

Polizeiliche Massnahmen (1)



Polizeiliche Massnahmen (2)



Polizeiliche Massnahmen (3)



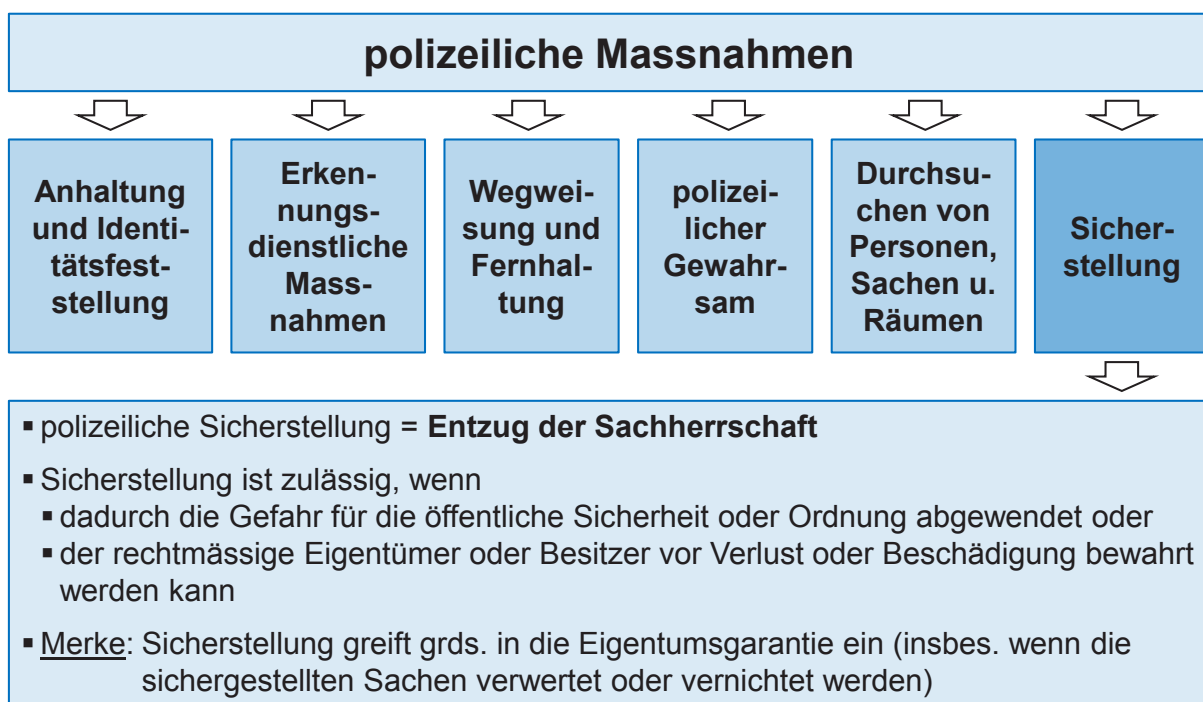
Polizeiliche Massnahmen (4)



Polizeiliche Massnahmen (5)



Polizeiliche Massnahmen (6)

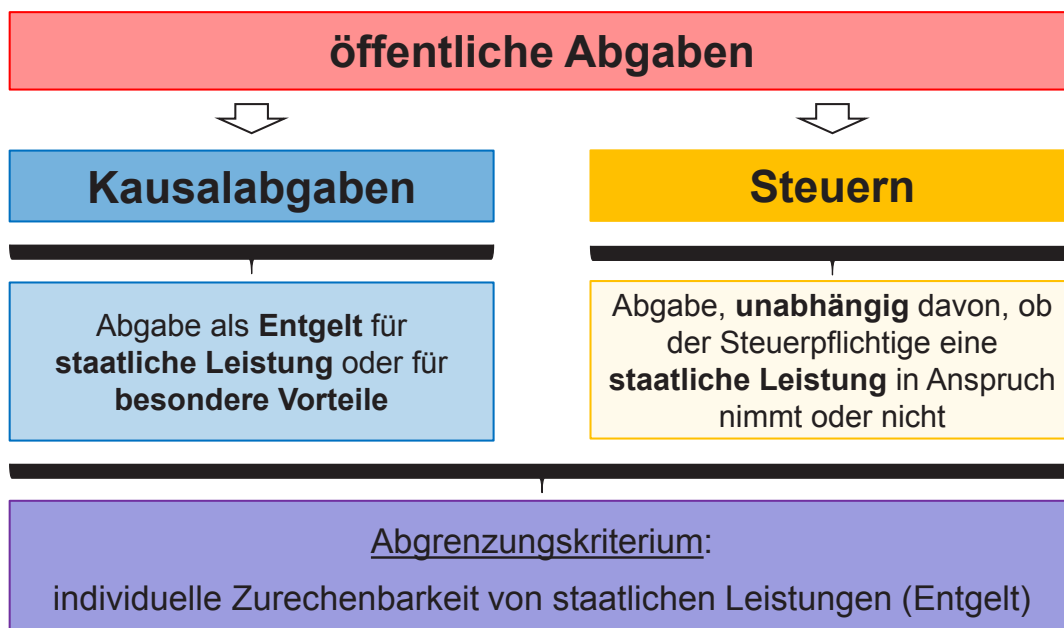


Überblick – Formen der öffentlichen Abgaben (1)

Grundsätze

- Abgabenrecht bezieht sich auf bestimmte Kategorien von öffentlichen Abgaben
- ABER: Kategorien sind nicht abschliessend
→ **kein numerus clausus von Abgaben**
- Folge: Gesetzgeber ist nicht an bestimmte Abgabekategorien gebunden
→ Gesetzgeber kann im Rahmen seiner Zuständigkeiten und der verfassungsmässigen Schranken neue Formen von Abgaben schaffen
- Gründe für Bildung von Kategorien:
 - unterschiedliche Bemessungsgrundsätze
 - unterschiedlich strenge Handhabung des Erfordernisses der gesetzlichen Grundlage
 - Doppelbesteuerungsverbot bei vergleichbaren Steuern (Art. 127 Abs. 3 BV)

Überblick – Formen der öffentlichen Abgaben (2)



2. Kausalabgaben

Begriff

- Kausalabgaben = Geldleistungen, die Private kraft **öffentlichen Rechts** als **Entgelt** für **bestimmte staatliche Leistungen** oder **besondere Vorteile** zu bezahlen haben
 → Unterschied zu Steuern, die leistungsunabhängig zu entrichten sind
- zwei Gruppen von Kausalabgaben:
 - **Gebühren**
 - **Beiträge / Vorzugslasten**
- **Misch- und Sonderformen** möglich

Funktion

- Kausalabgaben sollen Kosten decken, die dem Staat durch die Leistungserbringung oder die Einräumung eines Vorteils entstehen
- Grundsatz: Kausalabgabe soll nicht höher sein als die Kosten des Staates
 = **Kostendeckungsprinzip**
- **ABER: Ausnahmen** vom Kostendeckungsprinzip möglich
 → es gibt auch **kostenunabhängige Kausalabgaben**

Ausnahme: kostenunabhängige Kausalabgaben

- Hintergrund und Arten von **kostenunabhängigen** Kausalabgaben:
 - Entgelt für Leistungen oder Vorteile, für die dem Staat **keine Kosten** entstehen
 (Beispiele: Benutzung von öffentlichem Grund, Monopolkonzession)
 - **Gesetz** sieht vor, dass höheres Entgelt zu zahlen ist als Kosten entstehen (z.B. aufgrund Lenkungsfunktion)
 (Beispiel: Gebühren für Parkieren auf öffentlichem Grund)
- Kostendeckungsprinzip gilt nicht für kostenunabhängige Kausalabgaben

Kausalabgaben

Äquivalenzprinzip

- Inhalt: Prinzip zur Bestimmung der **Höhe** der Kausalabgaben
- Bedeutung: **Konkretisierung des Verhältnismässigkeitsprinzips** im Abgabenrecht
- Massstab: **Höhe** der Kausalabgabe muss in einem **vernünftigen Verhältnis** zum **Wert** der Leistung oder des Vorteils stehen
- Folge: Staat kann die Kosten, die ihm für die Erbringung einer Leistung oder die Gewährung eines Vorteils entstehen, **nicht in jeder beliebigen Höhe** auf den Abgabepflichtigen **überwälzen**
 - in diesem Fall: Höhe richtet sich nach dem Äquivalenzprinzip, nicht nach dem Kostendeckungsprinzip

3. Gesetzmässigkeitsprinzip im Abgabenrecht

Grundsätze

- Grundsatz: besondere Bedeutung des Gesetzmässigkeitsprinzips im Recht der öffentlichen Abgaben
 - **besonders strenge Geltung**
- Besonderheit: Erfordernis der gesetzlichen Grundlage im Abgabenrecht kommt Bedeutung eines **verfassungsmässigen Rechts** zu
- Ausgestaltung: in einem Gesetz müssen mindestens in Grundzügen die **wesentlichen Elemente** einer Abgabe enthalten sein:
 - **Gegenstand** der Abgabe
 - **Kreis der Abgabepflichtigen**
 - **Höhe** der Abgabe

Die Tafelsammlung zum Verwaltungsrecht eignet sich sowohl als Begleitmaterial für die Vorlesungen zum Verwaltungsrecht, wie auch für das Selbststudium. Es empfiehlt sich ausserdem als Repetitorium für Studierende und Kandidaten von Anwaltsprüfungen. In kompakter Form behandelt es wesentliche Bereiche des allgemeinen und besonderen Verwaltungsrechts und erläutert den Stoff mit hilfreichen Definitionen und Übersichten in Tafelform, was eine optimale Prüfungsvorbereitung ermöglicht.

Frau Prof. Dr. iur. Claudia Seitz, M.A. (London), Rechtsanwältin, ist Max Geldner-Assistenz-Professorin für Gesundheits- und Spitalrecht (öffentliches Life Sciences-Recht) an der Juristischen Fakultät der Universität Basel und doziert zugleich u.a. zum Verwaltungsrecht und Europarecht.

ISBN 978-3-7190-4014-7

